

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kösteben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 21. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamettel 20 Pf. Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrö — Bankverein Artzen.

Nr 23

Donnerstag, den 21. Februar 1929

42. Jahrgang

Gefährliche Zahlen.

M. A. Die Pariser Verhandlungen der Sachverständigen schreiten bis jetzt ziemlich günstig fort. Allerdings muß festgestellt werden, daß die ersten Beratungen lediglich einem allgemeinen Ueberblick galten, daß man also noch wenig Gelegenheit hatte, sich mit Streitfragen zu befassen. Dies wird erst dann eintreten, wenn man sich mit Einzelheiten beschäftigen wird. Wie gesehen hieron kann aber auch darin ein günstiges Vorzeichen für die Verhandlungen gesehen werden, daß die beteiligten Vertreter streng die politischen Gesichtspunkte aus der Debatte ausgeklammert haben und bemüht sind, die Dinge von der rein wirtschaftlichen Seite aus zu betrachten. Wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß die Unabhängigkeit der Sachverständigen nicht in dem weitgehenden Sinne zu verstehen ist, daß sie in keiner Weise den Standpunkt ihres Landes vertreten — dies schon psychologisch kaum möglich wäre — so ist die gewisse Befreiung insofern nicht unangenehm, als sie die gewisse Befreiung bietet, daß die von ihnen gegebene Lösung wenigstens im großen und ganzen allen beteiligten Regierungen entgegenkommt und somit die Ausichten für die politische Einigung leichter macht. Denn das soll man nicht vergessen, die Sachverständigen haben nur die Aufgabe, auf Grund der wirtschaftlichen Tatsachen einen Vorschlag auszuarbeiten, über dessen Annahme aber erst die politischen Vertreter der Regierungen in einer späteren Konferenz zu entscheiden haben. Sollten die Sachverständigen, was immerhin leicht möglich ist, zu der Erkenntnis kommen, der gegenwärtige Augenblick sei für eine endgültige Lösung des Reparationsproblems noch nicht reif, so werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach dies offen ausgehen und eine spätere neue Experten-Konferenz in Vorschlag bringen.

Da die jetzigen Verhandlungen ausfahrtsreich sind, wird man wohl schon in den nächsten Wochen feststellen können, denn, wie gesagt, beginnt die Young-Konferenz in eine kritische Periode einzutreten, in der die Gegenstände scharf hervortreten werden. Sie wird gewissenmaßen prophetisch müssen, wie sich Deutschland in Zukunft wirtschaftlich entwickeln wird. Die Grundlage, auf der das Sachverständigen-Komitee beraten muß, der Dawes-Plan, baut nun seine Vorläufige für die Festlegung der deutschen Schuldhöhe fast ausschließlich auf schematischen statistischen Berechnungen auf. Da ist — eines der Dokumente, das die Gläubiger immer wieder in die Debatte werfen — der Wohlfundus in bezug Sinter diesem harmlosen Wort werden für Deutschland recht wichtige Fragen. Am Dawesplan vom Jahre 1924 war bestimmt, daß die deutschen Jahresleistungen, die ja ohnehin ab 1928 die Höhe von 2,5 Milliarden erreicht haben, noch weiter gesteigert werden können, wenn der deutsche Wohlstand sich erheblich steigert. Diese Prüfung des deutschen Wohlstandes soll abhängig gemacht werden von sechs Wirtschaftsvorgängen: 1. Vergleich 1. der deutschen Ein- und Ausfuhr, 2. des Eisenbahnverkehrs, 3. des Verbrauchs an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein in den letzten Vorkriegsjahren und den Jahren 1926/27, 4. der Haushalte des Reiches, Preußens, Sachsens und Bayerns, 5. der Bevölkerungszahl, 6. des Kohlenverbrauchs in den Jahren 1927/8. Wenn sich auf allen diesen Gebieten Steigerungen ergeben, soll auch die Höhe der deutschen Zahlung gesteigert werden.

Es handelt sich hier um ein sehr gefährliches Verfahren. Auf manchen der Prüfungspunkte haben sich ja besonders mächtig Steigerungen ergeben. Die deutsche Einfuhr betrug 1925 13,6 Milliarden Mark, im Jahre 1913 nur 10,2 Milliarden Mark; die Ausfuhr 11,79 gegen 10,20 Milliarden. Aber was will diese zahlenmäßige Steigerung beweisen, wenn man überlegt, daß heute eben die deutsche Handelsbilanz wieder schwächer ist als in der Vorkriegszeit, und daß die Steigerung zum Teil hervorgerufen wurde durch veränderte Lebensmitteln, durch Abtretung landwirtschaftlich nutzbarer Gebiete auf Grund des Reparationsvertrages. Auch der sogenannte „Kohlenverbrauch“ hat sich gehoben, wurden doch im Jahre 1927/28 2,6 Millionen Hektoliter Braunkohle gegen 1,87 im Jahre 1913 verbraucht, oder pro Kopf der Bevölkerung 23 Kilogramm. Jeder gegen 19 Kilogramm Zucker. Und daß schließlich die Haushalte des Reiches und der Länder in der Nachkriegszeit immer höher angewachsen sind, ist eine allgemein bekannte Tatsache, die sich aber eben auch daraus erklärt, daß das Reich die Kriegsschuldenzahlungen mit in die Haushalte aufnehmen muß, daß die Länder zum großen Teil Aufgaben erfüllen müssen (Wohlfahrt und Lehrerbildung), die früher zum großen Teil den Gemeinden zufielen.

Aber wie irreführend alle solche Zahlenberechnungen sind, kann man aus den Verläufen sehen, die in der letzten

Zeit unternommen wurden, das deutsche Volk vermögen zu schätzen. Es stehen sich zwei sehr sorgfältig durchgeführte Berechnungen gegenüber, von denen die eine das jetzige Volkvermögen auf 340, die andere auf 200 Milliarden schätzt — eine Berechnung, die immerhin zum Kadetten nötig. Noch schwieriger aber wird es, wenn man sich auf das Gebiet internationaler Zahlenvergleich bezieht, wie es die Sachverständigenkonferenz tun muß. Wie will man die deutschen Steuern mit ihren 350 verschiedenen Belastungsarten mit irgendeinem einfacher gestalteten Besteuerungssystem des Auslandes vergleichen? Wie will man diesen Vergleich konsequent durchführen, ohne für Deutschland sowohl wie für das Ausland statistische Berechnungen der Steuerbelastung und Steuereinnahmen vom Staatsganges bis zur kleinsten Gemeinde herunter zu stellen. Solche Arbeit kann ihren praktischen Wert nicht darin haben, daß man sie wirklich nachgehen und anerkennen können. Sie ist nur insofern wertvoll, als sie immer wieder die Unsicherheit beweist, mit der sich auch Sachverständige auf dem Gebiet wirtschaftlicher Zukunftsvorstellungen bewegen. Wenn man aber in Paris wenigstens das Gefühl dieser Unsicherheit gemindert, wäre viel erreicht, denn in diesem Fall würde doch wohl eine gewisse Ruhe bestehen, Deutschland auf Grund unberechenbarer optimistischer Zukunftshoffnungen zu überlasten.

Die Sachverständigenberatungen.

Bildung eines fünfgliedrigen Ausschusses.

Paris, 19. Februar.
In der Sitzung des Sachverständigenkomitees vom Dienstag berichtigten der deutsche und der englische Hauptdelegierte, Reichsbankepräsident Dr. Schmidt und Sir John S. A. M. P., über die Bestimmungen, die im Vertrag nachmittags hatten. Das Komitee beschloß, diese Bestimmung durch Hinzufügung von Belgien (Frankreich), Güt (Belgien) und Schwiz (Italien) zu erweitern.
Der so gebildete Ausschuss hielt am Dienstag nachmittags eine Sitzung ab, um einen modus procedendi für die weiteren Verhandlungen und Behandlung der mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen auszuarbeiten. Möglicherweise wird am Mittwoch normativ eine Vollziehung des Sachverständigenkomitees stattfinden, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, andernfalls bleibt der Mittwoch hinfällig.

Zürfrage für die Kleinrentner.

Löbe gegen Kommuniften.

Berlin, 19. Februar.
Präsident Eöde eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung um 3 Uhr mit einem Nachruf für den am Morgen verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten S. A. M. P., dessen Platz mit Tammengrün und Karstjen geschmückt war.

Der Präsident teilte mit, daß der Abgeordnete S. A. M. P. (Komm.) das Wort zu einer Erklärung verlangt habe. Die Genehmigung dazu hat er nicht erteilt (hört, hört, bei den Komm.). Weil sich die Erklärung auf die Ausübung der Ordnungsmassnahmen des Präsidenten auf der Tribüne des Reichstages beziehe, die der Kritik und Beschuldigung des Hauses nicht unterliegen. Die Erörungen auf der Tribüne am Schluß der letzten Reichstags-Sitzung seien nach einem vom Reichstag aus gestrichelten Telefongespräch und nach tatsächlichen Beobachtungen erfolgt auf Grund einer Vereinbarung und im Zusammenwirken mit der kommunifistischen Fraktion. (Zeh, hört! hört! bei der Mehrheit. — Vornehme Zwischenrufe bei den Komm.) Es handelte sich zum Teil um dieselben Leute, die schon vor einigen Wochen ähnliche Vorfälle hervorgerufen haben. Er habe sich deshalb veranlaßt gesehen, der kommunifistischen Fraktion die Tribünenarbeiten solange zu entziehen, bis Sicherungen gegen solche Vorfälle getroffen worden sind. Der Präsident fügte hinzu, daß er nur eine Reihe weiterer Maßnahmen zu diesem Zweck habe treffen müssen. (Weilfall bei der Mehrheit. — Dauererärm bei den Komm. und Juruf: Löbe, der Spindelpräsident!)

Auf der Tagesordnung fand zunächst der Geheintour über die weitere Verlängerung der Geltungsdauer des Weibegünstigungsvertrages mit Belgien.

Abgeordneter S. A. M. P. (Komm.) beantragte Umstellung der Tagesordnung und bewieserte zugleich die Beschäftigung des Hauses.

Präsident Eöde stellte fest, daß eine Beschäftigung nicht vorhanden sei und unterbroch die Sitzung für einige Minuten.

Die neue Sitzung.

In der neuen Sitzung wurde der kommunifistische Antrag auf Umstellung der Tagesordnung abgelehnt. Man begann die Beratung des Berichtes des sozialen Ausschusses über die Kleinrentnerfürsorge.

Der Ausschuss erlaubte die Reichsregierung in einer Entscheidung, eine reichsgesellschaftliche Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich der Verrentenbesitzer, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen.

Abgeordnete Frau Lehmann (Dnat.) verlas eine längere Erklärung, in der die Bedeutung der Schicht der

verarmten Kleinrentner und die Notwendigkeit betont wird, dieser Schicht einen gesetzlichen Verrentungsanspruch an Stelle der Volkshilfsfürsorge zu gewähren.

Reichsarbeitsminister Wiffell empfahl die Ausschussentscheidung zur Annahme. Damit habe der Ausschuss den Boden betreten, den die Regierung in der Erklärung zum Juli 23 vorbereitet hatte. Ein Verrentungsanspruch in einem Verrentungsanspruch von Vermögen und Kapital hergeleitet werde, müsse als unlogisch abgelehnt werden. Für eine allgemeine Umwandlung der Fürsorgepflicht in einen Verrentungsanspruch reichten die Mittel des Reiches nicht aus. Für eine Verbesserung der Fürsorge, die Befreiung unnützer Härten und die Ausfüllung von Lücken bedürfte es auch nicht der Begründung eines Verrentungsanspruches. Die Reichsregierung werde die Entschädigung des Ausschusses als bald ausführen und befreit sein, das Fürsorgegesetz sozial auszugleichen. Am 7. Februar habe bereits mit den Vertretern der Länder, der Gemeinden und der Fürsorgeverbände eine Aussprache stattgefunden, wobei auch diese auf den Boden der Entschädigung getreten seien. Der Minister gab zum Schluß der Aussprache Ausdrück, daß auf diesem Wege allein eine sozial gerechte Lösung gefunden werden könne. Die von den Sozialnationalen beantragte Befreiung bis zum 15. März lehnte der Minister ab, da es unmöglich ist, die Frist einzuhalten.

Abgeordneter Heller (Ztr.) beschloß es als die Pflicht aller Parteien, unter Ausschaltung jeder Parteipolitik der Forderung der Kleinrentner zu haften. Der Redner vertrat die Auffassung, daß bei Durchführung des Ausschussantrages der gesetzliche Anspruch der Kleinrentner auf Fürsorge befristet werde.

Abgeordneter D. A. H. (Dem.) forderte die gesetzliche Anerkennung eines Rechtsanspruches der Kleinrentner auf angemessene Verrentung. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß die Regierung den verpropagierten Entwurf baldig vorlege, um die Verbilligung der unglücklichen Opfer der Sanierungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Abgeordneter Kell (Soz.) erklärte, die Kommunisten hätten am weitesten Antrag, in der Frage der Kleinrentnerverrentung anderen Parteien Vorwürfe zu machen. Die moralische Verantwortung für die Umverteilungsgesetzgebung hätten die Sozialnationalen, (Unruhe und erregte Zwischenrufe b. D. A. H.) Der Redner stimmte der Ausschussentscheidung zu.

Abgeordnete Frau Dr. M. A. H. (D. W.) begründete die Entscheidung ihrer Fraktion auf Verlegung eines Rentnergesetzes und Gewährung eines Verrentungsanspruches. Man solle mit dem Gesetz nicht warten, bis auch der letzte Rentner in Enttäuschung und Bitternis gefolken sei.

Zum Schluß kam es noch zu einem kleinen Zwischenfall, als Ministerdirektor Gröller es als eine falsche Auslegung der Regierungserklärung betrachtete, wenn die Deutsche Volkspartei ihren Antrag aus ihr herleihe. Gröller ätzte dann einen Vorwurf aus der Rede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die dieser nach der Regierungserklärung gehalten hatte. Dr. Scholz protestierte dagegen mit den Worten, daß er sich eine Kommentierung seiner Ausführungen verbitte, da er selbst am besten wisse, was er gesagt habe.

Darauf wurden die Verhandlungen auf heute mittag 3 Uhr vertagt.

Berlin, 20. Februar.

Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge fort. Als erste Rednerin sprach die kommunifistische Abgeordnete A. R. n. d. e. Als Frau A. R. n. d. e. länger als vorgesehen sprach, machte sie Reichstagspräsident Eöde darauf aufmerksam, daß sie ihre Redezeit bereits überschritten habe. Von den Kommuniften erörte darauf der Kaufmannsmeister. Der Präsident forderte den Sprecher auf, sich zu melden, hatte aber keinen Erfolg damit, was die Sozialdemokraten zu dem Zuruf „Reichstag“ veranlaßte.

Abgeordneter B. A. T. (Wirtsh. Bern.) erklärte, der Reichsarbeitsminister habe nichts für die Kleinrentner übrig. Eine gesetzliche Regelung des Verrentungsanspruches sei notwendig. Man solle als über 12.000 Mark gehenden Verrentungsansprüche zu Gunsten der Kleinrentner vermeiden. Ein abgeordneter Minister könne gut mit 1000 Mark im Monat auskommen.

Abgeordneter S. A. M. P. (Bayer. Volksp.) hielt die von Ausschuss gemachten Vorschläge für den besten Weg, um schnelle Hilfe zu bringen.

Strenge Massnahmen im Reichstage.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 19. Februar.

Der Vorkonferenz des Reichstages beschloß, daß am Mittwoch und Donnerstag vom Reichstag die Schlichtungsverfahren auf der Reichsbahn beschlossen werden sollen. Dazu wird die Regierung eine Erklärung abgeben. Am Freitag soll die kommunifistische Interpellation über die in eine englische Gesellschaft verordnete Denkschrift des Reichswehrministers wegen des Panzerkreuzerbaues beraten werden. Am Freitag wird der Reichstagen eine Entschädigung für die weiteren Arbeiten des Reichstages treffen. Nach längerer Aussprache billigte der Reichstagen ferner die vom Präsidenten getroffenen Ordnungsmassnahmen, die sich hauptsächlich gegen kommunifistische Ausbeuter richten. Bei den vom Präsidenten getroffenen veränderten

Ordnungsmassnahmen handelt es sich in erster Linie um die Bekämpfung der ununiformierten und nicht uniformierten Polizei.

An den Gefährdungsausschuss wird das Erlaufen geneigt, eine weitere Bekämpfung der Disziplinarmassregeln gegen Abgeordnete herbeizuführen, so eine längere Entziehung der Diäten und der Fahrkarten. Ferner ist die Polizei ein Hinweis dahin gegeben worden, daß sie, wenn ein Zusammenwirken von Abgeordneten und führenden Zeitungsleitern festgestellt wird, sich an die Immunität der Abgeordneten nicht halten solle.

Sondern die Abgeordneten wegen eines Vergehens auf freier Tag sofort zu verhaften. Ferner soll für solche Fälle ein Verfahren wegen Sausittverbrüches eingeleitet werden. Im übrigen erklärte der Reichspräsident, daß gegen jedes Schimpfwort und jeden beschimpfenden Zuruf eines des Präsidenten mit unmissverständlicher Schärfe vorgegangen werden wird.

Strafrechtsauschuss beglückwünscht Dr. Bumke.

Am Strafrechtsauschuss des Reichstages unterbrach am Dienstag beim Erlaufen der neuen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke der Vorsitzende Dr. Kahl die Beratungen um den neuen Reichsgerichtspräsidenten die Glückwünsche des Ausschusses zu seiner Ernennung auszusprechen. Wie es seinem Vorgänger gelangen sei, so führte Dr. Kahl aus, müßte dies auch für den neuen Reichsgerichtspräsidenten das Vertrauen, daß es ihm weiter gelingen werde, das Ansehen des Reichsgerichtes zu heben.

Reichsgerichtspräsident Bumke dankte für die Begrüßungsworte. Das Vertrauen des Ausschusses werde für ihn ein Ansporn sein, an der Stelle, zu der er ernannt worden sei, seine Pflichten nach besten Kräften zu erfüllen.

Neue Koalitionsverhandlungen.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichstagspräsidenten Dr. Bumke über die politische Lage Bericht. Die Koalitionsverhandlungen haben einen neuen Aufschwung genommen, und man hofft jetzt endlich zu einer Einigung zu gelangen. Der Führer der Deutschen Volkspartei und der Führer des Zentrums, Dr. Stresemann und Prälat Kaas, traten gestern nachmittags persönlich in Verhandlungen, wie sich die Koalitionsfrage klären ließe.

Aus der Begegnung der beiden Parteiführer kann man entnehmen, daß man allgemein zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen wünscht. Da das Zentrum sich seinerzeit bekanntlich bereitgestellt hatte, in Bezug auf zwei Ministerien zu verzichten, aber infolge der Zurückhaltung der Vane dies Angebot nicht auszuführen konnte, dürften dem Reichspräsidenten die Verhandlungen mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei weit auseinandergehen.

Der Reichspräsident hat gestern auch den neuernannten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke empfangen.

Preußens schlechte Wirtschaftslage.

Eine Rede des Ministers Dr. Schreiber. Im Preussischen Landtag, der am Dienstag nach längerer Pause seine Beratungen wieder aufnahm, ergriß bei der zweiten Beratung des Haushalts der Handels-Gewerbeverwaltung Handelsminister Dr. Schreiber das Wort zu längeren Ausführungen.

Er erklärte u. a., daß die Verschlechterung unserer Wirtschaftslage in der außerordentlichen Höhe der Konjunktur und in der Lage des Weltmarktes sich nicht nur nicht mindert, sondern die wirtschaftliche Entwicklung habe ihre Ursache in der geringen Rentabilität der deutschen Unternehmungen in Landwirtschaft und Gewerbe. Es trifft nicht zu, daß die Lebenshaltung unseres Volkes im ganzen den Stand der Fortschrittzeit erreicht habe.

Trofski will nach Deutschland.

Er telegraphiert an Reichstagspräsident Löbe. Reichstagspräsident Löbe hat folgendes Telegramm erhalten: „Per, den 18. Februar 1929. — Mich auf Ihre Erinnerungsanfrage im Reichstag am 6. Februar bezeichnend, erlaube ich das hiesige deutsche Konsulat um entsprechende Bewilligung. — Leo Trofski.“

Der Reichstagspräsident hat diese Bitte befürwortend an das Reichsstatistikamt weitergegeben. — Die in dem Telegramm erwähnte Erinnerungsanfrage des Reichstagspräsidenten bezog sich auf die Wiedererte des letzten Jahresfestes der Bewegung gegen die versäulung der russischen Nationalversammlung. Darin antwortete Löbe auf Zustimmung von den Kommunisten: „Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben; vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trofski in Deutschland ein freischiffliches Asyl zu gewähren.“

Die Reichstagsanfrage hat zu dem Gefühl Trofski noch nicht Stellung nehmen können, da die amtlichen Unterlagen noch nicht eingetroffen sind. — Von sowjetischer Seite wird die Ausweisung Trofski bestätigt.

Die Sicherheit bei der Reichsbahn.

Es fehlt an Geld. Der Verkehrsminister hat dem Reichstagspräsidenten am Dienstag seine Beratungen über die Sicherheitsverhältnisse bei der Reichsbahn. Hierbei wurde übereinstimmend als wichtigster Gesichtspunkt anerkannt, daß die Erhaltung der Betriebsfähigkeit der Eisenbahn ein Gebot der öffentlichen Sicherheit ist, das über das nötige Maß für die nächsten Jahre nicht zur Verfügung steht. Es ist zu dem Gefühl Trofski werden Erörterungen des nötigen Dienstes gefordert. Wie dringlich wurde die Aufrechterhaltung der Rückstände in der Erneuerung

zung des Oberbaues im Rahmen eines planmäßigen Finanzprogramms bezeichnet, ferner Verbesserung der Sicherungsanlagen des Fahrplans usw. Da die nötigen Mittel nicht aufzubringen sind, bestand Einigkeit darüber, daß eine Entlastung der Reichsbahn bei der Form eines Kredits notwendig ist. Eine Entlastung im Sinne dieser Forderungen soll dem Reichstag vorgelegt werden.

Deutsch-amerikanischer Freundschaftsvertrag.

Paris, 18. Februar. Wie aus Teheran gemeldet wird, ist von dem deutschen Gesandten dort der Schlichterburg und dem Vertreter des persischen Außenministers, Farzati, das deutsch-persische Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden, das aus einem Freundschaftsvertrag, einem Handels-, Zoll- und Schiffsabkommensvertrag und einem Niederlassungsvertrag besteht.

Flottenkonferenz doch Anfang 1930?

Zur neuesten englisch-amerikanischen Meinungsveränderung. London, 19. Februar. Englische Berichte aus Washington und Newport halten daran fest, daß trotz der abgemachten Londoner Erklärungen die Grundlage für eine freundschaftliche Verständigung der Flottenfrage geschaffen worden ist und daß eine internationale Konferenz vielleicht für Anfang 1930 einberufen werden könnte.

Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, daß möglicherweise amerikanische Streitkräfte die ungenügende Verzögerung der britischen Antwort auf die amerikanische Note über den Abbruch eines neuen Schiffsbaugesetzes überläßt. Die erste Erklärung des britischen Vizekönigs in Washington habe offenbar den Zweck gehabt, die amerikanische Beunruhigung zu dämpfen. Inzwischen hat der Vizekönig einen Brief an die halbamtliche „Washington Post“ gerichtet und noch einmal seinen Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß er nicht ausdrücklich den privaten Charakter seiner Erklärungen erwidern möchte.

Klärung des Minderheitenproblems.

Die Vorbereitung der Genfer Ratstagung. Genf, 19. Februar. Die leitenden Beamten des Völkerbundsekretariats haben sich jetzt wie vor der Ratstagung üblich, zu ihren Regierungen begeben, um die Vorberhandlungen für die Märztagung des Völkerbundes zu führen. Der deutsche Untergeneralsekretär des Völkerbundes, Dours-Féronce, reiste am Dienstag nach Berlin, um mit den maßgebenden Stellen des auswärtigen Amtes Fühlung zu nehmen.

Man erwartet hier, daß der Völkerbundsrat nach einer allgemeinen, grundsätzliche gehaltenen Ansprache, die die Aufstellung der gesamten Minderheitenfrage bringen wird, einen Ausweg einleiten wird, der die Frage der Abänderung des bisherigen Verfahrens prüfen soll. Vorher der Zusammenkunft, Aufgaben und Zuständigkeiten dieses Ausschusses gehen die Meinungen vorläufig noch weit auseinander, jedoch hält man beratende vorbereitende Ausschüsse für notwendig, um der Vollversammlung des Völkerbundes die Möglichkeit zu einer eingehenden Prüfung der gesamten Minderheitenfrage zu geben.

Die schwarze und die weiße Rasse.

Eingeborenenfrage in Südafrika. London, 19. Februar. Die Eingeborenenfrage ist von beiden Häusern des südafrikanischen Parlaments in zwei Lesungen behandelt worden. General Verhog hielt nach Berichten aus Kapstadt bei dieser Gelegenheit eine große Rede, in der er sagte, eine Gleichstellung der Eingeborenen mit den Weißen wäre nur dann möglich, wenn die Weißen zum Besten der Rasse bereit wären. Die Gleichstellung der Eingeborenen auf Gleichstellung sei deshalb unerfüllbar. Die weiße Rasse wolle Südafrika verwalteten. Man müsse sich jedoch vergegenwärtigen, daß mit der Zeit die leids Millionen Eingeborenen der in die Welt zu kommen, der ihre Rasse hervorzuheben als Weiße im Lande seien. General Verhog warnte dringend vor der Verbreitung von kommunikativen Gedanken unter den Eingeborenen, da diese am Tage ihrer Gleichberechtigung Kommunisten zu ihren Vertretern ernennen würden.

Aus dem In- und Auslande.

Kom, 19. Februar. Es verlautet, daß auf Grund des Konfords als bisher endlichen Katakomben dem Vatikan unterstellt, vielleicht sogar in gewisser Beziehung in den Besitz des Vatikans übergeben sollen. Bisher wurde die Katakombenforschung bereits von der päpstlichen Kommission für christliche Archäologie ausübt.

Weitere Ausbreitung der Revolution in Mexiko. Mexiko, 19. Februar. Im Nordwesten Mexikos befehlt sich die Revolution sehr schnell aus. Der Gouverneur von Sonora, Francisco Zapata, verlor in einem Ultimatum an den Präsidenten Gil, daß Calles und andere bekannte Politiker zwangswise außer Landes geschickt würden. Der Militärkommandant von Sonora, der über 11.000 Mann an Truppen verfügt, hat die Gidobahn eingenommen. Der Kriegsmilitär übernahm persönlich das Oberkommando über die Regierungstruppen im Nordwesten.

Staatsanwalt Frieders aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Weimar, 19. Februar. Nach drei Jahren ist endlich das Disziplinarverfahren gegen den Staatsanwalt Frieders, der bekanntlich wegen Meinungs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden war, zum Abschluß gekommen. Frieders reichte sein Entlassungsgesuch ein unter der Voraussetzung, daß seiner Familie unter Umständen eine halbe Pension zugesprochen werde. Das Entlassungsgesuch wurde angenommen. Danach war auch die Disziplinarverhandlung hinfällig geworden. Frieders möchte der Verhandlung nicht bei, er hält sich noch in Wien auf und will nicht zurückkehren, weil er seine Bekämpfung zur Abklärung der Strafe fürchtet.

Amort des „Stahlhelm“ an Braun.

Rüchsigstloher Kampf. Berlin, 18. Februar. Der Bundesvorsitzende des Stahlhelm hat eine Ent-

scheidung angenommen, die sich gegen die Erklärungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun im Hauptsaal des Landtages wendet. Darin heißt es, daß der Stahlhelm den Kampf um die verfassungsmäßig festgelegten Rechte des Beamtenrats auf freie politische Betätigung aufzugeben und sich auf die Erfüllung der Pflichten des Beamten-Rates beschränken würde. Ein Recht, das die sozialistischen Mitglieder der Kommunisten einräumten, nicht vorenthalten werden. Wir waren die preussische Regierung“ so heißt es zum Schluß, „ihren verfassungsmäßigen Weg der ausnahmsrechtlichen Behandlung des nationalen Beamtenrats weiterzugehen.“

Professor Scheunert beim Reich. Der Reich empfang in Privatquartieren des holländischen Professors Scheunert und Gemahlin. Der Reich unterhielt sich längere Zeit mit dem Gelehrten über die wissenschaftlichen Ergebnisse des Nobil-Ringes. Scheunert an Gruppe erkrankt. Ministerpräsident Scheunert ist an Gruppe erkrankt. Nach Außenminister Briand muß noch weiterhin das Zimmer hüten.

Wus der Umgegend

Abra, 21. Februar. — Schulfestsetzung. Auf behördliche Anordnung, um einem späteren, längeren Unterrichtsfall infolge gänzlichen Fehlens von Brennmaterial vorzugehen, ist die Volksschule vorläufig auf fünf Tage geschlossen.

— Von der Frem. Feuerwehr. Gelegenheit des Stichtagsfestes der Wehr trat nach dem unterhaltenden Teil die Mannschaft vom Appell an. Vorhermalter Wommschier nach Hauptmann Hartmann die Führung um die Wehr verbiert nicht Ableger vor, zunächst des durch Krankheit an der Teilnahme am heiligen Festtag verhinderten Kom. Schnerz gebeten. Für 15 Jahre Dienst wurden ausgezeichnet die Kameraden Blomer, Wolfenbut, Wangemann; als neue Mitglieder konnte er heißen und durch Handhabung verpflichtet neun neue Mitglieder: Kom. Oberlein, Glöbe, Kallig, Körner, Sande, Mostero, Pfeiffer, Müller und Wesel. — Den Dank des Hauptmanns an die habsbische Erneuerung für ihr selbst beständiges Verhältnis für die Pelange der Wehr erwarbete Bürgermeister Statmann mit einer die freiwillig geleisteten treuen Dienste des Kommandos und d. r. Mannschaft anerkennenden Ansprache. Nachdem der Hauptmann der Standortverwaltung und der Bürgerschaft für ihre rege Teilnahme an diesem Stichtagsfest noch herzlich gedankt, begann der kameradschaftliche Teil, der jedem Gelegenheit gab, sich zu amüsieren, ob beim Tanz, oder an der „Guten Dulle“.

— Nordthüringer Sportfischgenau. Bei der in Naumburg stattgefundenen Sportveranstaltung wurde beschlossen, das diesjährige Gaudifischen am 30. Juni in Langendorf abzuhalten.

— Die Reichs-Anfaller hütungs-Woche. Die WABW, beginnt am 24. Februar. Ihr Sinn und Zweck ist der Beginn einer Erziehungsbewegung am ganzen Volke. Denn die rapide Entwertung des Wertes, die Durchdringung des ganzen Lebens mit Maschinen und Apparaten, führt in der Landwirtschaft und in Haushalt, die Mechanisierung und Intensivierung des Arbeitsalltags in den gewerblichen und industriellen Betrieben, alles zwingt zu geistiger Umstellung auf die Notwendigkeit des modernen Lebenskampfes, ist feststehende betrieblicher Unfallversicherung.

— Anfall der Sibirische. So erstaunlich die Kunde klingt, so ist es doch wahr. Trotz der seit Jahren nicht mehr beobachteten Fälle ist eine große Schaar von Sibirischen bereits in Europa eingetroffen. Aus dem Elsfah kommt die Nachricht, daß die Sibirische Straßburger und andere Städte des Elsfah auf ihrem Wege nach Norden überfallen haben. Auch aus Wanzleben wird gemeldet, daß die Sibirische die Stadt in der Nacht passiert haben und haben weiter nach Norden flüchten. Die Landleute glauben, daß diese trübe Heimkehr ein sicheres Zeichen dafür ist, daß es mit der Rasse bald vorbei sein wird und man mit einem heftigen und mit den Frühling rechnen kann.

— Hofleben. [Bestand. Prüfung.] Nachdrücklich erfahren wir, daß der in Döhlen (Saalekreis) tätige Lehrer Karl Wackerbarth, Sohn des Fabrikanten Karl Wackerbarth, hier, vor der Prüfungskommission in Halle a. S. die Mittelschulabschlussprüfung bestanden hat. Da W. aus der hiesigen Volksschule hervorgegangen ist, ist die Befähigung zu beachtlicher und zeigt von außerordentlichem Fleiß. Unseren beglückwünschten Glückwünsche!

— Wittenburg. In Wittenburg ist etwas ganz Besonderes zum Schaden des hiesigen Wittenburgs gelang. Das gesamte Vogelpark mit 4.000 Vögeln ist eingezäunt worden, und in gewissen Abständen wurden Futterstellen errichtet. Die Bauern haben sich darüber, alle zwei Tage jeder seine ihm zugewiesene Futterstelle mit N. Stroh und Futter zu versehen.

— Freiburg a. N. In jüngerer Zeit wurde verurteilt, unter bombastischen Versprechungen die alten Arbeitsmalen zu veranlassen, sich einem sogenannten „Zentralverband“ anzuschließen. Hier ist der Versuch als mißlungen zu notieren. Damit die Werbenden der Armen nicht noch ihre paar Silbergrafen für nichts und wieder nichts auszugeben brauchen, haben sich Männer bereit finden lassen, in Fällen wo Hilfe gebraucht wird ihre Kenntnisse dafür einzusetzen, daß gehalten wird. Denn Abhilfe kann nur die zündende Bedrohde schaffen, sonst niemand. Herr Major Bille in Freiburg hilft in diesem Sinne den Streikern in erfolgreicher Weise seit Jahren und wird es auch in Zukunft tun. Was die Arbeitsmalen ebenfalls hat sich der Originalwilde Bartholomäus bereit erklärt, etwaige Eingaben an die zuständigen Anstalten unentgeltlich auszuführen. Interessant wäre es, wenn sich alle Arbeitsmalen beim Sozialratener zu einer Streikgemeinschaft zusammenschließen, wie es bereits in Freiburg geschehen ist. Beiträge werden nicht erhoben. Wer dem Streikentwurf anschauen will, melde sich durch Karte bei Herrn Major Bille, Freiburg a. N., was die Sozialratenermündung anbelangt, an Herrn D. Bartholomäus Freiburg a. N. Das Beste ist, die Drucksachen des Kreis des Du erfahrt werden sich gemeinsam.

— Aftern. Am Sonntag vormittag war in einem kleinen Stallsgebäude des Gleichrichter's Dittmar von hier. Als L. an einem der letzten Tage wieder seine Briefkasten füllten wollte und den Taubenkäfig betrat, sah er zu seinem Schreck mehrere verworbene Tauben ohne Käfig am Boden liegen, zehn weitere am folgenden Tage. Man nun den übriggebliebenen kleinen Rest Tauben nicht auch noch zu verlieren, sperrte er diese ein und stellte zwei Taubenkäfige. Schon am anderen Morgen fand L. ein Kästchen in einer der ge-

Nebrner Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonntag und den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 23

Donnerstag, den 21. Februar 1929

42. Jahrgang

Gefährliche Zahlen.

W. A. Die Pariser Verhandlungen der Sachverständigen schreiten bis jetzt ziemlich günstig fort. Allerdings muß festgestellt werden, daß die ersten Beratungen lediglich einem allgemeinen Ueberblick galten, daß man also noch wenig Gelegenheit hatte, sich mit Streitfragen zu befassen. Dies wird erst dann eintreten, wenn man sich mit Einzelheiten beschäftigen wird. Abgesehen hier von kann aber auch darin ein günstiges Vorzeichen für die Verhandlungen gesehen werden, daß die beteiligten Vertreter streng die politischen Gesichtspunkte aus der Debatte ausgeschlossen haben und bemüht sind, die Dinge von der rein wirtschaftlichen Seite aus zu betrachten. Wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß die Unabhängigkeit der Sachverständigen nicht in dem weitgehenden Sinne zu verstehen ist, daß sie in keiner Weise den Standpunkt ihres Landes vertreten — was schon psychologisch kaum möglich wäre — so ist die gewisse Beschränkung insofern nicht unangenehm, als sie die Gewähr dafür bietet, daß die von ihnen getroffene Lösung wenigstens im großen und ganzen allen beteiligten Regierungen entgegenkommt und somit die Aussichten für die politische Einigung leichter macht. Denn das soll man nicht vergessen, die Sachverständigen haben nur die Aufgabe, auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse einen Vorschlag auszuarbeiten, über dessen Annahme aber erst die politischen Vertreter der Regierungen in einer späteren Konferenz zu entscheiden haben. Sollten die Sachverständigen, was immerhin leicht möglich ist, zu der Erkenntnis kommen, der gegenwärtige Augenblick sei für eine endgültige Lösung des Reparationsproblems noch nicht reif, so werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach dies offen aussagen und eine spätere neue Experten-Konferenz in Vorschlag bringen.

Ob die jetzigen Verhandlungen aussichtsreich sind, wird man wohl schon in den nächsten Wochen feststellen können, denn, wie gesagt, beginnt die Young-Konferenz in eine kritische Periode einzutreten, in der die Gegenläufige scharf hervortreten werden. Sie wird gewissermaßen prophetien erfüllen müssen, wie sich Deutschland in Zukunft wirtschaftlich entwickeln wird. Die Grundfrage, auf der das Sachverständigen-Komitee beraten muß, der Dames-Plan, baut nun keine Vorschläge für die Festlegung der deutschen Schuldhöhe fast ausschließlich auf schematischen statistischen Berechnungen auf. Da ist — eines der Dokumente, das die Gläubiger immer wieder in die Debatte werfen — der Wirtschaftsstand von 1924, der hinter diesem harmlosen Wort stehend für Deutschland recht wichtige Fragen. Im Damesplan vom Jahre 1924 war bestimmt, daß die deutschen Jahresleistungen, die ja ohnehin ab 1925 die Höhe von 25 Milliarden erreicht haben, noch weiter gesteigert werden können, wenn der deutsche Wohlstand sich erheblich steigert. Diese Steigerung des deutschen Wohlstandes ist abhängig gemacht worden von sechs Wirtschaftskennzeichen: Vergleich 1. der deutschen Ein- und Ausfuhr, 2. des Eisenbahnverkehrs, 3. des Verbrauchs an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein in den letzten Vorjahresjahren und den Jahren 1926/29, 4. der Haushalts des Reiches, Preußens, Sachsens und Bayerns, 5. der Bevölkerungszahl, 6. des Kohlenverbrauchs in den Jahren 1927/9. Wenn sich auf allen diesen Gebieten Steigerungen ergeben, soll auch die Höhe der deutschen Zahlung gesteigert werden.

Es handelt sich hier um ein sehr gefährliches Verfahren. Auf manchen der Prüfungsbereiche haben sich die absehbaren Steigerungen ergeben. Die deutsche Einfuhr betrug 1928 13,6 Milliarden Mark, im Jahre 1913 nur 10,2 Milliarden Mark, die Ausfuhr 11,79 gegen 10,20 Milliarden. Aber was will diese zahlenmäßige Steigerung beweisen, wenn man überlegt, daß heute eben die deutsche Handelsbilanz die schlechteste ist als in der Vorkriegszeit, und daß die Steigerung zum Teil hervorgerufen wurde durch verstärkte Einfuhr von Lebensmitteln, durch Abtretung landwirtschaftlich nutzbarer Gebiete auf Grund des Friedensvertrages. Auch der sogenannte „Luxusverbrauch“ hat sich gehoben, wurden doch im Jahre 1927/28 2,6 Millionen Hektoliter Branntwein gegen 1,87 im Jahre 1913 verbraucht, oder pro Kopf der Bevölkerung 23 Alitogramm Zucker gegen 19 Alitogramm Zucker. Und daß schließlich die Hausstände des Reiches und der Länder in der Vorkriegszeit immer höher angenommen sind, ist eine allgemein bekannte Tatsache, eine Tatsache, die nun aber eben auch daraus erklärt, daß das Reich die Kriegsschuldenzahlungen mit in die Hausstände aufnehmen muß, daß die Länder zum großen Teil Aufgaben erfüllen müssen (Polizei- und Verkehrsbeförderung), die früher zum größeren Teil den Gemeinden zufielen.

Über wie irreführend alle solche Zahlenberechnungen sind, kann man aus den Verläufen sehen, die in der letzten



John Stamp, über die Bedingungen, die er am Montag nachmittag hatte. Das Komitee beschloß, diese Bedingung durch Hinzuziehung von Parlamentarier (Frankreich), Gurt (Belgien) und Swigg (Italien) zu erweitern. Der so gebildete Ausschuss hielt am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab, um einen modus procedendi für die weiteren Verhandlungen und Behandlung der mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen auszuarbeiten. Möglicherweise wird am Mittwoch vormittag eine Vollziehung des Sachverständigenkomitees stattfinden, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, andernfalls bleibt der Mittwoch freigelegt.

Fürsorge für die Kleinrentner.

Löbe gegen Kommunisten.

Berlin, 19. Februar.
Präsident Löbe eröffnete die geistliche Reichstags-Sitzung um 3 Uhr mit einem Nachruf für den am Morgen verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Singer, dessen Platz mit Tammengrün und Karstien geschmückt war.

Der Präsident teilt dann mit, daß der Abgeordnete Stöder (Komm.) das Wort zu einer Erklärung verlangt habe. Die Genehmigung dazu habe er nicht erteilt (hört, hört), bei dem Komm., weil sich die Erklärung auf die Ausübung der Erbnungsmaßnahmen des Präsidenten auf der Tribüne des Reichstags beziehe, die der Kritik und Beschlußfassung des Hauses nicht unterliege. Die Störungen auf der Tribüne am Schluß der letzten Reichstags-Sitzung seien nach einem vom Reichstag aus geführten Telefongespräch und nach schriftlichen Beschwerden erfolgt auf Grund einer Verlesung und im Zusammenwirken mit der kommunistischen Fraktion. (Sch. hört! hört! bei der Mehrheit. — Während Zwischenrufe bei dem Komm.) Es handelte sich zum Teil um dieselben Leute, die schon vor einigen Wochen ähnliche Vorfälle hervorgerufen haben. Er habe sich deshalb veranlaßt gesehen, der kommunistischen Fraktion die Tribünenkarten solange zu entziehen, bis Sicherungen gegen solche Vorfälle getroffen worden sind. Der Präsident fügt hinzu, daß er noch eine Reihe weiterer Maßnahmen zu diesem Zwecke habe treffen müssen. (Beifall bei der Mehrheit. — Zwischenrufe bei dem Komm. und Jurist: Löbe, der Spindelpräsident.)

Auf der Tagesordnung hand zunächst der Gesekentwurf über die weitere Verlängerung der Geltungsdauer des Weibbegünstigungsgesetzes mit Voran.

Abgeordneter Siedler (Komm.) beantragte Umfassung der Tagesordnung abgesehen. Man begann die Beratung des Berichtes des sozialen Ausschusses über die Kleinrentnerfrage.

Die neue Sitzung.
In der neuen Sitzung wurde der kommunistische Antrag auf Umfassung der Tagesordnung abgesehen. Man begann die Beratung des Berichtes des sozialen Ausschusses über die Kleinrentnerfrage.

Der Ausschuss erludete die Reichsregierung in einer Entscheidung, eine reichsweite Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfrage hinsichtlich des Rentnertreffes, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen. Abgeordnete Frau Lehmann (Dnm.) verlas eine längere Erklärung, in der die Bedeutung der Schicht der

verarmten Kleinrentner und die Notwendigkeit betont wird dieser Schicht einen geistlichen Verlorungsanspruch an Stelle der Wohlfahrtspflege zu gewähren.

Reichsarbeitsminister Wiffell empfahl die Ausschussentscheidung zur Annahme. Damit habe der Ausschuss den Boden betreten, den die Regierung in der Erklärung vom Juli 1923 vorbereitet hatte. Ein Verbot der Kapitalerträge und die Erhöhung der Höhe der Vermögens und Kapital herbeigeführt werde, müsse als unlogisch abgelehnt werden. Für eine allgemeine Umwandlung der Fürsorgepflicht in einen Verlorungsanspruch reichte die Mittel des Reiches nicht aus. Für eine Verteilung der Fürsorge die Befreiung unnötiger Güter und die Ausfüllung von Lücken bedürfte es auch nicht der Begründung eines Verlorungsanspruches. Die Reichsregierung werde die Entscheidung des Ausschusses als bald ausführen und befreit sein, das Fürsorgeamt sozial auszugestalten. Am 7. Februar habe bereits mit den Vertretern der Länder, der Gemeinden und der Fürsorgeverbände eine Aussprache stattgefunden, wobei auch die auf den Boden der Entscheidung getreten seien. Der Minister gab zum Schluß der Auffassung aus, daß auf diesem Wege allein eine sozial gerechte Lösung gefunden werden könnte. Die von den Deutschnationalen beantragte Befreiung bis zum 15. März lehnte der Minister ab, da es unmöglich ist, diese Frist einzuhalten.

Abgeordneter Ester (Ztr.) begehrtete es als die Pflicht aller Parteien, unter Ausfüllung jeder Parteipolitik der Notlage der Kleinrentner zu helfen. Der Redner vertrat die Auffassung, daß bei Durchführung des Ausschussantrages der geistliche Anspruch der Kleinrentner auf Fürsorge befristet werde.

Abgeordneter D. R. K. (Dem.) forderte die geistliche Anerkennung eines Verlorungsanspruches der Kleinrentner auf angemessene Verlorung. Der Redner sprach die Erwartung aus, daß die Regierung den verprochenen Entwurf baldig vorlege, um die Verhinderung der unglücklichen Opfer der Fälligkeit zu verhindern.

Abgeordneter K. (Dnm.) erklärte, die Sozialdemokraten hätten am wichtigsten Anlaß, in der Frage der Kleinrentnerunterstützung anderen Parteien Vorkürfe zu machen. Die moralische Verantwortung für die Finanzierung der Leistung hätten die Deutschnationalen. (Unruhe und erregte Zwischenrufe bei Deutschnat.) Der Redner stimmte der Ausschussentscheidung zu.

Abgeordnete Frau Dr. May (D. Sp.) begründete die Zustimmung ihrer Fraktion auf Verlorung eines Rentenvertrages und Gewährung eines Verlorungsanspruches. Man solle mit dem Gesetz nicht warten, bis der letzte Rentner in Enttäufung und Bitternis gestorben sei.

Zum Schluß kam es noch zu einem kleinen Zwischenfall, als Ministerialdirektor Griselet es als eine launliche Auslegung der Regierungserklärung begehrtete, wenn die Deutsche Volkspartei ihren Antrag aus ihr herliche Griselet jäherte denn einen Antrag aus der Rede des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die dieser nach der Regierungserklärung gehalten hatte. Dr. Scholz protestierte dagegen mit den Worten, daß er sich eine Kommunitierung seiner Ausführungen verbiete, da er selbst am besten wisse, was er gesagt habe.

Darauf wurden die Verhandlungen auf heute mittag 3 Uhr vertagt.

Berlin, 20. Februar.

Der Reichstag setzte in seiner geistlichen Sitzung die Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfrage fort. Als erste Rednerin sprach die kommunistische Abgeordnete Arenhoe. Als Frau Arenhoe länger als vorgesehen sprach, machte die Reichstagspräsidentin Döber auf aufmerksam, daß sie ihre Redezeit bereits übergriffen habe. Von den Kommunisten ertönte darauf der Ruf „Sausned!“ Der Präsident forderte den Sprecher auf, sich zu meiden, hatte aber keinen Erfolg damit, was die Sozialdemokraten zu dem Ruf „Sollst!“ veranlaßte. Abgeordneter Vater (Wirtsch. Berg.) erklärte, der Reichsarbeitsminister habe nichts für die Kleinrentner übrig. Eine geistliche Regelung des Verlorungsanspruches ist notwendig. Man solle alle über 12000 Mark gebenden Pensionen anprüche zu Gunsten der Kleinrentner vermindern. Ein abgehörter Minister könne gut mit 1000 Mark im Monat auskommen.

Abgeordneter Schmarzer (Waper. Volksp.) hielt die vom Ausschuss gemachten Vorschläge für den besten Weg, um schnelle Hilfe zu bringen.

Strenge Maßnahmen im Reichstage.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Berlin, 19. Februar.
Der Vorkenntnis des Reichstages beschloß, daß am Mittwoch und Donnerstag zum Reichstag die Sicherheitsverhältnisse auf der Reichsbahn behandelt werden sollen. Dazu wird die Regierung eine Erklärung abgeben. Am Freitag soll die kommunistische Interpellation über die an eine englische Gesellschaft verleierte Deutsches Reichswehrminister wegen des Panzerkreuzerbaues beraten werden. Am Freitag wird der Vorkenntnis neue Entscheidungen für die weiteren Arbeiten des Reichstages treffen. Nach längerer Aussprache schloß die Reichstagsversammlung am Freitag den gestrigen Ordnungsmassnahmen, die sich bekanntlich hauptsächlich gegen kommunistische Redner richteten. Bei den vom Präsidenten gestroffenen verurteilten